

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/07/2007

über die öffentliche Sitzung am 28.08.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 23:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann
Frau Carola Behr
Herr Harald Düwel
Herr Rolf Griesenberg
Herr Steffen Rotermundt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein - Seniorenbeirat -

Verwaltung

Frau Angela Haase - Protokollführerin -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Herr Arno Petersen - bis inkl. TOP 6 -
Frau Birgit Reinhold - bis inkl. TOP 6 -

Es fehlen entschuldigt

Sonstige, Gäste

Herr Werner Bandick

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 06/ 2007 vom 26.06.2007
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Bericht über die Kostenentwicklung für städtische Gebäude
7. Sachstandsbericht zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR)
8. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007 **2007/083**
9. Verschiedenes
10. Kenntnisnahmen

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur ersten Sitzung nach der Sommerpause und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses. Insbesondere begrüßt er die anwesenden Einwohner.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende regt an, die Tagesordnungspunkte 7. „Bericht über die Kostenentwicklung für städtische Gebäude“ und 8. „Sachstandsbericht zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR)“ dem TOP 6 vorzuziehen. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung beschlossen.

3 Einwohnerfragestunde

Herr Kai-Uwe Fleischer fragt nach, ob es zutreffend sei, dass die Vorlage 2007/ 083 „Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007“ wie auf der dortigen Seite 1 ersichtlich nur im Finanzausschuss und unmittelbar danach in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werde.

Die Verwaltung berichtet, dass es sich hierbei um ein Versehen handelt. Die Beratung dieser Vorlage ist in allen Fachausschüssen vorgesehen. Die Stadtverordnetenversammlung wird die II. Nachtragshaushaltssatzung 2007 frühestens am 08.10.2007 behandeln.

Ferner fragt Herr Fleischer zum Defizit des badlantic nach. Er bezieht sich hierbei auf Vorlage 2007/ 083, der die Änderungsliste für den II. Nachtragshaushalt 2007 beigefügt ist. Darin wird ein Defizit von noch 1,5 Mio. € für 2007 ausgewiesen, das seines Erachtens immer noch sehr hoch sei. Er fragt nach, wer das badlantic in seiner Entwicklung begleite. Hierzu berichtet Herr Koch, dass Stadtverordnete im Aufsichtsrat der BBG sitzen und die Interessen der Stadt vertreten. Daneben habe der Finanzausschuss in der Vergangenheit Maßnahmen zur Senkung des Defizits angeregt, die auch umgesetzt wurden. Die großen Kostenfaktoren – wie insbesondere steigende Energiekosten- seien jedoch nicht zu beeinflussen und führen dazu, dass das Defizit auf hohem Niveau bleibe.

Herr Koch weist ferner darauf hin, dass für Fragen der Beteiligung der Hauptausschuss zuständig sei und sich ebenfalls mit dem badlantic – sofern dieses erforderlich sei - befasse.

Abschließend erkundigt sich Herr Fleischer, wer für die Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet Beimoor-Süd zuständig sei. Er habe Schilder der Stadt, der WAS und vom Baustudio dort gesehen. Der Vorsitzende erläutert, dass die Stadt mit Unterstützung der WAS die eigenen Flächen vermarkte. Neben den städtischen Flächen gebe es jedoch private Flächen, für deren Vermarktung Dritte zuständig seien.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 06/ 2007 vom 26.06.2007

Keine Einwendungen. Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teiles genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 760.000 € verfügbar. An Tagegeld sind weitere 7,5 Mio. € - dieses nach dem Steuertermin 15.08.2007 – angelegt. An routinemäßigen Ausgaben werden in den kommenden Wochen Ausgaben von rd. 1,9 Mio. € erwartet, dieses insbesondere für die Kreisumlage und die Gehälter. Daneben ist festzustellen, in welcher Höhe Ausgaben für die in den vergangenen Wochen (insbes. Sommerferien) durchgeführten Baumaßnahmen zu begleichen sind.

Es ist jedoch beabsichtigt, einen Betrag von 3,0 Mio. € als Festgeld für vier Wochen anzulegen. Umfragen haben ergeben, dass hierfür zurzeit Zinsen von 4,4 % gezahlt werden.

6 Bericht über die Kostenentwicklung für städtische Gebäude

Dem Finanzausschuss wurde der Kostenbericht 2007 des Fachdienstes IV.4/ Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) übergeben. Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Reinhold, die Fachdienstleitung, und ihr Vertreter, Herr Petersen, anwesend. Der Kostenbericht wird anhand eines PowerPoint-Vortrages dem Finanzausschuss vorgestellt. In diesem Vortrag sind ergänzend zum Bericht weitere Analysen genannt. Herr Petersen hält den Vortrag. Er hebt insbesondere hervor, dass den Kosten der städtischen Gebäuden deshalb besondere Bedeutung beizumessen sei, weil innerhalb von 6 bis 8 Jahren die Kostenblöcke Bereitstellung, Verbrauch, Betrieb und Bauunterhaltung die Anschaffungs- und Herstellungskosten erreicht haben. Er weist ferner darauf hin, dass die Kostenarten untereinander – zwischen den Gebäuden – weitgehend vergleichbar seien.

Besonders zu erwähnen ist, dass die Höhe der Bereitstellungskosten zwischen den Kindertagesstätten und den anderen Gebäuden – wie insbesondere den Schulen - prozentual deutlich voneinander abweichen. Dieses ist darauf zurückzuführen, dass die Kindertagesstätten kostenrechnende Einrichtungen sind. Dieses bedeutet, dass die Stadt nach der Gemeindehaushaltsverordnung auch bisher bereits verpflichtet ist, kalkulatorische Kosten wie Zinsen und Abschreibungen für die ihr gehörenden Gebäude auszuweisen. Diese wurden daher ermittelt und sind bekannt. Andere Gebäude – wie z. B. Schulen und Jugendeinrichtungen – sind keine kostenrechnende Einrichtung. Für

diese Gebäude liegen die kalkulatorischen Kosten somit nicht vor. Auf diesem Hintergrund weist Herr Petersen darauf hin, dass im Zuge der Eröffnungsbilanz für die Umstellung des Haushaltswesens auf die Doppik die Stadt Ahrensburg verpflichtet ist, auch für diese Kosten die Anschaffungs- und Herstellungskosten – ggf. nach dem Sachwertverfahren – zu ermitteln. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, können in den Folgejahren auch die kalkulatorischen Kosten für die weiteren Gebäude einbezogen werden.

Zunächst ist aber festzuhalten, dass nach dem gegenwärtigen eben erklärten Sachstand die Bereitstellungskosten bei den Gebäudekosten für die Kindertagesstätten einen Anteil von 75 % bedeuten. Es verteilen sich somit nur 25 % auf die weiteren Kostenblöcke Bauunterhaltung, Betriebskosten und Verbrauchskosten.

Dagegen liegen die Bereitstellungskosten bei den Schulgebäuden mit 2006 rd. 73.000 € von 1,9 Mio. € Gesamtkosten deutlich unter diesen Werten. Herr Petersen weist darauf hin, dass sich langfristig dieser Kostenblock auch bei rd. 75 % bewegen wird.

Zum Kostenblock der Verbrauchskosten von rd. 28 % weist Herr Petersen darauf hin, dass die europaweite Stromausschreibung keinen Erfolg gebracht habe. Es sei nur ein Angebot vom örtlichen Stromanbieter abgegeben worden. Ein Finanzausschussmitglied fragt nach, ob die Ausschreibung hätte aufgehoben werden können oder die Stadt sich gegen diese offensichtliche Preisabsprache unter den Konzernen wehren könnte. Dieses wird von der Verwaltung nicht gesehen.

Zum Bereich der Betriebskosten (33 %) wird mitgeteilt, dass die Ausschreibung der Schulreinigung in 2007 Einsparungen zeigen werde. Die Kosten der Bauunterhaltung mit 14 % dienen der langfristigen Erhöhung des Lebenszeitalters der städtischen Gebäude. Angestrebt werden sollte hier gemäß KGST 1,2 % des Wiederbeschaffungswertes jährlich anzusetzen. Hierzu wird berichtet, dass die Wiederbeschaffungswerte der Gebäude mit Ausnahme der kostenrechnenden Einrichtungen nicht bekannt sind.

Eine Verbesserung wird ebenfalls durch die für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz im Rahmen der Einführung der Doppik anzustrebende Gebäudebewertung erwartet. Danach kann diese Vorgabe umgesetzt werden.

Berichtet wird ferner zu den einzelnen Gebäudearten Folgendes:

Schulen

Kosten pro m²

Sind bei der Grundschule Am Aalfang bedingt durch die Kosten für die Miete der Sporthalle am höchsten.

Kosten pro Schüler

Sind beim Förderzentrum Fritz-Reuter-Schule am höchsten bedingt durch die schlechte Bausubstanz und dadurch höhere Verbrauchskosten bei insgesamt wenig Schülerzahlen.

Ein Einsparpotential wird bei den Verbrauchskosten dadurch gesehen, dass auf die Nutzer eingewirkt werden kann.

Kindertagesstätten

Betrachtet wurden im Wesentlichen die Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft, d. h. die Kindertagesstätte Schäferweg als die größte Einrichtung, die Kindertagesstätte Pionierweg und der Waldkindergarten beim Blockhaus. Wie bereits erwähnt, sind die hohen Bereitstellungskosten mit anderen Gebäudearten zurzeit nicht vergleichbar.

Die Kosten der Kindertagesstätte Schäferweg sind am höchsten, dieses zum einen, da hier mit sieben gegenüber drei bzw. einer Gruppe die meisten Gruppen betreut werden, es sich daher um das größte Gebäude handelt und hier auch Kosten für die Küche enthalten sind. Ferner wird für diese Gruppen Früh- und Spätbetrieb angeboten; auch eine Krippe ist in den Kosten enthalten. Die Küche bereitet darüber hinaus Essen auch für andere Kindertagesstätten zu, sodass diese Kosten teilweise umzulegen sind.

Bei der Kindertagesstätte am Blockhaus ist besonders hervorzuheben, dass diese die Sanitärräume im Kinder- und Jugendhof Blockhaus benutzt, somit keine eigenen Sanitärräume hat. Dieses führt zu deutlich geringeren Verbrauchs- und Bauunterhaltungskosten.

Jugendeinrichtungen

Bei den Jugendeinrichtungen wird darauf hingewiesen, dass die Kosten untereinander relativ vergleichbar sind. Für die Villa Kunterbunt sind als einziges kalkulatorische Kosten bekannt und daher mit berücksichtigt.

Sportanlagen

Die Bewirtschaftungskosten für die Außenflächen haben sich um 0,17 €/ m² auf 0,89 €/ m² erhöht. Dieses insbesondere aufgrund der gestiegenen Kosten für die Rasenflächen (Stichwort: Kunstrasen). Ferner ist bei der Sportanlage des SSC Hagen als einziges ein Sporthaus vorhanden, daher sind die Verbrauchskosten hier am höchsten. Die anderen Sportanlagen verfügen nur über kleinere Umkleideeinheiten.

Als **Fazit** weist Herr Petersen darauf hin, dass die Energiebeschaffungskosten die höchste Steigerungsrate aufwiesen. Diese Verbrauchskosten lassen sich nur reduzieren durch eine Einflussnahme auf das Nutzerverhalten und den Einbau neuer Technik. Bei älteren Gebäuden kann z. B. durch Wärmeschutz eine weitere Reduzierung erreicht werden.

Der Finanzausschuss dankt Herrn Petersen für den umfangreichen und informativen Vortrag. Die Transparenz der Kosten sei gut aufgezeigt worden. Ferner seien einige Anregungen für Kosteneinsparungen dargestellt worden.

Nachgefragt wird, ob neben dem Nutzerverhalten auch auf die Hausmeister in den Schulen eingewirkt werden könne. Dieses wird zwar auch gesehen, bes-

sere Ergebnisse lassen sich dauerhaft aber durch technische Veränderungen (z. B. Lichtsensoren) erzielen. Frau Reinhold bietet dem Finanzausschuss an, in diesem Rahmen auch den Energiebericht vorzustellen und die weiteren Maßnahmen aufzuzeigen. Der Ausschussvorsitzende nimmt dieses Angebot gern an.

Herr Aschmann hebt positiv hervor, dass den Folgekosten nach Erstellung von neuen Gebäuden hier besonderer Raum gewidmet wurde. Der Bericht wird daher als notwendig begrüßt. Es wird jedoch auch angeregt, aufgrund der bei den Schulen starken Schwankungen der Schülerzahlen den Vergleich nur mit „Kosten/ m²“ zu führen.

Da die im PowerPoint-Vortrag zusätzlich enthaltenen Analysen als hilfreich für die Bewertung des Berichtes empfunden wurden, liegt diesem Protokoll als **Anlage** der Vortrag Herrn Petersens bei.

Auf Nachfrage zur europaweiten **Stromausschreibung** wird von diesem ausgeführt, dass der frühere Stromvertrag von der SVA zum 31.12.2006 gekündigt worden sei. Ein neuer Stromversorger habe daher gefunden werden müssen. Hierfür sei die europaweite Ausschreibung vorgeschrieben. Der Ausschussvorsitzende bittet, bei derartigen Berichten zukünftig noch stärker in Details einzusteigen. So regt er z. B. an, nur die Reinigungskosten oder nur die Außenflächen aller Gebäude miteinander pro Gebäude zu vergleichen.

Nachgefragt wird zur **Pflege der Grünanlagen**, die teilweise durch den Bauhof und teilweise durch Externe erfolgt. Herr Petersen führt hierzu aus, dass der Bauhof nicht alle Außenflächen pflegen könne, da er nicht immer über die erforderlichen Geräte verfüge. So könnte er die Tartanbahnen der Sportflächen nicht pflegen. In diesen Fällen wurden externe Unternehmen beauftragt.

Nachgefragt wird auch, ob der Bereich der **Versicherungsleistungen** ausgeschrieben werden soll. Dieser wird – dies ist dem Finanzausschuss bekannt – nicht von ZGW, sondern vom Rechtsamt betreut. Frau Reinhold berichtet hierzu, dass eine Ausschreibung der Gebäudeversicherungen geprüft wurde. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass sich keine nennenswerten Einsparungen ergeben würden. Daher wurde bisher von einer Ausschreibung abgesehen. Der Ausschussvorsitzende plädiert - obwohl er den Gebäudeversicherer für gut (weil öffentlichkeitsnah) hält – dennoch für eine Ausschreibung in diesem Bereich.

Angeregt wird ferner, die Kosten für das Niederschlagswasser zu prüfen. Diese seien zu reduzieren durch die Versickerung auf dem Grundstück selbst. Herr Petersen berichtet, dass diese Kosten nicht gravierend seien. Zu bedenken sei besonders, dass die Sportflächen über eine Drainage verfügen müssen.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich ferner danach, ob die Kosten der Hausmeister in dem Bericht enthalten sind. Dieses wird verneint. **Personalkosten** sind grundsätzlich nicht enthalten.

Herr Griesenberg weist darauf hin, dass für einige Gebäude – wie z. B. kultu-

relle Einrichtungen – keine Kosten genannt seien. Frau Reinhold berichtet, dass in der vorliegenden Darstellung nur die Gebäude aufgenommen worden seien, für die auch Vergleichswerte existieren. Gleichwohl seien die kulturellen Einrichtungen - wie alle weiteren Gebäude - betrachtet worden. In den Gesamtkosten, die am Anfang des Berichtes genannt sind, sind daher alle Gebäude enthalten. Für den Bereich der kulturellen Einrichtungen seien dies die Volkshochschule, die Stadtbücherei und der Marstall.

Abschließend berichtet Frau Reinhold, dass es mehrere Bereiche gebe, die in den kommenden Jahren bearbeitet werden sollen. Hierbei handelt es sich vorrangig um Maßnahmen des Brandschutzes – dieser ist für das Förderzentrum Fritz-Reuter-Schule nachzurüsten. Daneben ist festzulegen, welche Gebäude einer Grundsanierung bedürfen, und diese Mittel sind einzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt seien die Energiekosten pro Gebäude; hier werden energetische Optimierungsmaßnahmen vorgeschlagen. Als weiterer Bereich wird die Gebäudeleittechnik für die städtischen Liegenschaften erwähnt.

Der Ausschussvorsitzende dankt Frau Reinhold und Herrn Petersen für den Vortrag und bittet, in der **nächsten Sitzung des Finanzausschusses den Energiebericht** vorzustellen.

7 Sachstandsbericht zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR)

Als **Anlage** liegt diesem Protokoll der Vortrag von Frau Haase bei.

Es wird insbesondere auf die große Herausforderung des zu bewertenden städtischen Anlagevermögens hingewiesen, wobei folgende Bereiche besonders zu erwähnen sind:

- Bebaute und unbebaute Grundstücke (hierzu zählen auch die „Grundstücke“, auf denen sich Straßen etc. befinden),
- Infrastrukturvermögen und
- bewegliches Anlagevermögen

Die Herausforderung besteht insbesondere in der hohen Anzahl dieser Anlagegüter, wobei die Bewertung der Grundstücke intern angestrebt werde und daher auch zeitlich eine hohe Belastung darstellen wird.

Erschwert werde die Arbeit durch in weiten Teilen noch nicht feststehende rechtliche Rahmenbedingungen.

Der Finanzausschuss dankt für die Ausführungen und bewertet die geplante Durchführung in dieser Form als nachvollziehbar und strukturiert. Nachgefragt wird nach der Bewertung von Waldflächen. Hierauf wird entgegnet, dass dieser Bereich noch nicht detailliert beleuchtet wurde. Grundsätzlich sind dies auch zu bewertende Grundstücksflächen, wobei Anlagevermögen (auch evtl. Bäume) nicht nach dem Verkehrswert sondern nach dem Anschaffungswert zu bewerten seien.

Der Berichterstatter führt ferner aus, dass zurzeit die HÜL-Führung dezentral erfolge. Sinnvoll sei bei der hohen Dichte der Anforderungen für Inventarisierung, Anlagebuchführung, Kostenrechnung und Weiteres - der bereits jetzt absehbar sei – eine zentrale HÜL-Führung/ Finanzbuchhaltung. Dieses sei ein erheblicher Eingriff in die bisherige Organisationsstruktur, der in dieser Form noch nicht da gewesen sei und auch Auswirkungen auf den Stellenplan habe. Er betont ferner, dass die ganze Arbeit zurzeit nur neben der Tagesarbeit erfolge. Dieses sei zunehmend schwierig. Ein Ausschussmitglied bittet, in den erarbeiteten Projektplan (siehe weitere **Anlage**) auch den Sachstand einzubinden. Frau Haase sagt zu, zu überlegen, in welcher Form dieser abbildbar sei.

Ferner wird nachgefragt, ob das erarbeitete Produkthandbuch verwendbar sei. Dieses wird im Grundsatz – siehe vorstehende Erläuterung zum rechtlichen Rahmen – bestätigt. Allerdings seien die Produkte zukünftig noch manuell bei allen Haushaltspositionen – teilweise mehrere, anteilig – einzupflegen.

Abschließend betont Frau Haase, dass die Einführung der Doppik unverändert zum 01.01.2009 angestrebt werde. Ob dieses Ziel erreichbar sei, könne gegenwärtig noch nicht eingeschätzt werden. Gegebenenfalls ist – mit Zustimmung der Gremien – die Einführung später vorzunehmen, um Vorbereitungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz optimal abzuschließen.

Der Finanzausschuss bittet um regelmäßige Information. Der Sachstand sollte Anfang 2008 erneut vorgetragen werden.

Vorab weist der Berichterstatter darauf hin, dass auf Seite 3 der Vorlage ein Schreibfehler enthalten sei. Die Zinsen sinken um 0,05 Mio. € (= 50.000 €, siehe Änderungsliste), nicht um 0,5 Mio. €. Ferner ist auf dem Deckblatt irrtümlich als Termin für die Stadtverordnetenversammlung der 17.09.2007 ausgewiesen. Die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung sei für Oktober 2007 – nach Abschluss der Beratung in den Fachausschüssen – vorgesehen.

Im Anschluss werden Nachfragen und Verständnisfragen beantwortet.

HHSt. 9000.0030/ Gewerbesteuer

Das Anordnungssoll liegt per Stand 28.08.2007 bei 18,73 Mio. €.

HHSt. 0301.6042/ Bankgebühren

Ursächlich für die gestiegenen Bankgebühren ist die Anhebung der Sparkasse Holstein. Parallel zu dieser Erhöhung hat die Sparkasse auch die Zinsen für Tagegeld angehoben (siehe HHSt. 8100.2050). Auf Nachfrage wird berichtet, dass eine weitere Reduzierung der Konten evtl. mit Einführung der Doppik zum 01.01.2009 erfolgen könne.

HHSt. 4001.6550/ Kosten für Erstellung eines Mietenspiegels

Der Berichterstatter führt aus, dass diese Position u. a. auf seine Initiative zurückgehe. Gerade bei der Ermittlung von Vergleichsmieten sei es außerordentlich schwierig, drei geeignete Wohnungen zu benennen. Ferner werde immer auf den Mietenspiegel der Stadt Norderstedt verwiesen, sofern es sich um Mietstreitigkeiten handelt. Das Amtsgericht hat den Norderstedter Mietenspiegel mehrfach nicht anerkannt.

HHSt. 8830.5405/ Reinigung

Frau Dietterlein berichtet, ihr sei mitgeteilt worden, dass die Reinigung in den Schulen in dem zugestandenen Zeitrahmen nicht ausreichend gründlich durchgeführt werden könnte. Das Personal stehe unter einem enorm hohen Zeitdruck. Sie bittet, dieses zu recherchieren.

HHSt. 6200.3270/ Tilgung von Darlehen der Wohnungsbauförderung

Frau Haase weist darauf hin, dass es sich hierbei um die Darlehen für die Wohnungen Elsterweg und Reihenhäuser Syltring handle. Der Darlehensvertrag bezüglich der Wohnungen Elsterweg schließe nicht aus, dass die Belegungsrechte auch über den Tilgungszeitpunkt hinaus fortbestehen. Die Wohnungsbaugesellschaft wurde hierauf hingewiesen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Wohnungsbaugesellschaft von der Tilgung, die sie rechtlich ohne weiteres vornehmen könne, keinen Gebrauch mache.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Die Verwaltung berichtet, dass aufgrund der im Frühjahr 2007 verfügbaren

Haushaltssperre eine Vielzahl von ursprünglich für 2007 (Sommerferien) durchzuführenden Baumaßnahmen in das Jahr 2008 verschoben wurde. Insofern handelt es sich mit diesem Nachtrag um keine Einsparungen, sondern nur um die Verschiebung von Haushaltsmitteln.

HHSt. 2300.9356/ 3310.9350/ Beschaffung von Gestühl für den Eduard-Söring-Saal und den Alfred-Rust-Saal

Der Ausschussvorsitzende hinterfragt die Verschiebung der Haushaltsmittel 2007 in das Haushaltsjahr 2008. Die Verwaltung berichtet, dass es sich hierbei um eine Anmeldung des zuständigen Fachdienstes auch aufgrund der ursprünglichen Haushaltssperre, die nicht mehr bestehe, handele. Es wird zugesagt zu klären, ob diese Neubestuhlung noch in 2007 durchgeführt werden könnte. Zuständig sei der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Anmerkung der Verwaltung

Fachbereich III wird klären, ob die Ausschreibung für das Gestühl noch in diesem Jahr erfolgen könne und ferner auch der Einbau. Die Gremien werden unterrichtet.

HHSt. 8800.9321/ Ankauf von Grundstücken

Es wird darauf hingewiesen, dass der Grunderwerb u. a. erforderlich ist für den Bau des Kreises am AOK-Knoten.

Der Finanzausschuss nimmt die beabsichtigten Veränderungen zur Kenntnis. Auf eine Beschlussfassung wird in dieser Sitzung noch verzichtet. Es wird gebeten, den Tagesordnungspunkt im September 2007 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

9 Verschiedenes

- e n t f ä l l t -

10 Kenntnisnahmen

- e n t f ä l l t -

gez. Koch
Vorsitzender des Finanzausschusses

(Haase)
Protokollführerin